

107. Sitzung

Mittwoch, 8. Oktober 2014, 9:00 Uhr

T A G E S O R D N U N G

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt:

1. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Breitbandstrategie des Landes Baden-Württemberg
Drucksache [15/5641](#)
*Begründung: 5 Min.
Aussprache:
5 Min. je Fraktion*
2. Aktuelle Debatte
Patentrezept für Wohnungsnot: Wohnraum schaffen statt Mietpreisbremse und Bürokratie
– beantragt von der Fraktion der FDP/DVP
*Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen: 5 Min.;
im Übrigen: 5 Min. je Sprecher*
3. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur
Nein zur Maut – für eine nachhaltige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur
Drucksache [15/5761](#)
*Begründung: 5 Min.
Aussprache:
5 Min. je Fraktion*
4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP
Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)
Drucksache [15/5637](#)
*Begründung: 5 Min.
Aussprache:
5 Min. je Fraktion*
5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform
Drucksache [15/5790](#)
*ohne Begründung /
ohne Aussprache*

6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes
Drucksache [15/5789](#)

*Begründung durch die
Regierung
Aussprache:
5 Min. je Fraktion
(gestaffelt)*

Präsident

Wolf MdL

Nachrichtlich:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken – Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Drucksache [15/5777](#)

(Es ist beantragt, den Antrag gemäß § 57 Abs. 3 GeschO für dringlich zu erklären.)